

spontane Ordnung ist – oder, um es mit dem schottische Aufklärer Adam Ferguson zu sagen »Ergebnis menschlichen Handelns, nicht menschlichen Entwurfs«. Mag sich die von ihm kompilierte Stadtbau-Historiografie im Wesentlichen auch als eine Geschichte des Scheiterns erweisen, so stellt sich Lampugnani solche Fragen lieber nicht.

Zumal als Leitlinie aller Stadtentwicklung – realiter, doch unausgesprochen – noch immer die einst von Hans Oswald geäußerte Ansicht gelten dürfte: »Die moderne Stadt soll funktionieren. Es genügt nicht zu sagen, kein Rauch, kein Gas, kein Lärm, kein Verkehr mehr, wenn Rauch, Gas, Lärm, Verkehr zum Funktionieren notwendig sind.« Und die Fokussierung auf »große Visionen« ist schon deshalb problematisch, weil die Probleme der vorhandenen Stadt tendenziell unterbelichtet bleiben. Mitnichten ist es so, dass waghalsige Interventionen stets das probate Mittel wären, mit etwaigen baulichen Tragödien oder simplen Mittelmäßigkeiten der vorhandenen City umzugehen. Dem imagegesteuerten Architekturbetrieb muss vielmehr eine Haltung abgetrotzt werden, die

eher als bedächtig, sensibel, ortsbezogen und respektvoll benannt werden muss.

Allein, damit ist es nicht weit her. Und offenbar will es selbst einem Lampugnani nicht gelingen, alten Reflexen zu entkommen. Schon Descartes wetterte in seinem *Discours de al méthode* gegen die alten Städte, ihre zufälligen Palimpseste und ihre treibguthafte Anmutung. Als Gegenbild führte er die »regelmäßigen Anlagen« an, die »ein Ingenieur frei entwerfend in eine Ebene zeichnet« – ein Ideal, das zum Mantra westlicher Stadtplanung und Entwurfsmethodik wurde. Freilich aber sind unsere urbanen und siedlungsstrukturellen Probleme nicht gottgegeben, vielmehr beruhen sie auf Nachlässigkeiten, Hybris und Denkfehlern. Wenn es also ein Fazit gibt, dann vielleicht dieses: Jedwede Planung entlarvt sich als Pseudowissenschaft, wenn sie nur von der Idee getragen wird, Städte nach abstrakten Prinzipien zu ordnen – statt aus den praktischen Erfahrungen urbanen Lebens zu lernen.

*Vittorio Magnago Lampugnani: Die Stadt im 20. Jahrhundert. Visionen, Entwürfe, Gebautes. Wagenbach, Berlin 2011, 960 S., € 128,00. ■*

*Sergio Grassi*

## **(Keine) Angst vor China**

**Wie die neue Weltmacht unsere Krise nutzt**

**Sergio Grassi**

(\* 1979) ist Mitarbeiter der FES.

sergio.grassi@fes.de



In Europa dauern die Refinanzierungsschwierigkeiten ganzer Staaten aufgrund

des Mangels an gesamteuropäischer Solidarität weiter an. Vor diesem Hintergrund werden – vor ein paar Jahren noch undenkbar – chinesische Politiker von europäischen Entscheidungsträgern hofiert, um Chinas gigantische Devisenreserven zur Stützung europäischer Krisenstaaten verwenden zu können. Nach Aussage des deutschen EU-Botschafters in China Markus Ederer könnte China die USA bereits im Jahr 2012 als Europas größten Export-

markt ablösen. Am Ende des Jahrzehnts wird China voraussichtlich die größte Volkswirtschaft der Welt sein und dementsprechend auch seine militärischen Fähigkeiten in der Region und darüber hinaus weiter ausbauen.

In seinem aktuellen Buch *Angst vor China – Wie die neue Weltmacht unsere Krise nutzt* bereitet der Journalist, Buchautor und langjährige China-Beobachter Frank Sieren erneut den aus Chinas Aufstieg resultierenden Strukturwandel in der globalen Machtverteilung für ein breites Publikum auf und analysiert die daraus resultierenden Befürchtungen. Grundsätzlich plädiert er dafür, die globalen Veränderungen, die der chinesische Aufstieg mit sich bringt, realistisch einzuschätzen, ohne in Stereotypen wie dem von der »gelben Gefahr« zu verfallen.

Sieren weist in seinem Buch zu Recht darauf hin, dass China inzwischen Deutschlands wichtigster Wachstumsmarkt ist und Frankreich bald als unseren wichtigsten Handelspartner ablösen könnte. Für die Entwicklung des Wohlstands in Deutschland könnte China damit bald wichtiger als unser größter unmittelbarer Nachbar werden. Ein Trend, der durch die Krise in Europa und die verordneten Konsolidierungsprogramme weiter verstärkt wird.

In der Tat wuchsen die deutschen Exporte nach China auch 2011 um fast 30 %, während der deutsche Exportanteil in den meisten Ländern der Eurozone zurückging. Der Volkswagen-Konzern verkauft mittlerweile jedes dritte Fahrzeug im Reich der Mitte. Umso dringender sei es daher für uns Deutsche, uns mit Blick auf China keinen diffusen Ängsten hinzugeben. China ist kein Feind, der immer mächtiger wird und uns schließlich überrollt. Das Land ist allenfalls ein Wettbewerber, dem sich die deutsche Wirtschaft weiterhin erfolgreich stellen muss.

Auf europäischer Ebene wird Peking mit seinen Devisenreserven von 3,2 Billionen Dollar gegenwärtig sogar als poten-

zieller Krisenhelfer und Investor in europäischen Hauptstädten umworben. Dabei ist sich die chinesische Führung bewusst, dass auch Chinas wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2012 erheblichen Schaden nehmen könnte, falls sich die Krise in Europa nicht bessern sollte.

Darüber hinaus wäre eine Stabilisierung der Eurozone auch ein Beitrag zur Sicherung der von Peking angestrebten multipolaren Weltordnung. Chinas Premierminister Wen Jiaobao sicherte der deutschen Kanzlerin bei ihrem Chinabesuch Anfang Februar 2012 dementsprechend zu, eine Beteiligung Chinas an europäischen Rettungsschirmen zu prüfen und dafür im eigenen Land zu werben. Der chinesische Vize-Präsident Xi Jinping versprach auf seiner Europareise Mitte Februar, dass sein Land die Anstrengungen der EU, der Europäischen Zentralbank sowie des Internationalen Währungsfonds bei der Überwindung der Krise unterstützt.

Die in dieser Formulierung verpackte Prämisse ist jedoch, dass die Europäer zunächst selbst ihre Rettungsschirme finanziell aufstocken. So will China verständlicherweise, dass seine Investitionen sicher sind und eine angemessene Rendite erzielen. Nach Meldungen des chinesischen Handelsministeriums würde China Europa ohne Vorbedingungen unterstützen. Im gleichen Atemzug wird jedoch darauf hingewiesen, dass China unzufrieden damit sei, dass die EU Chinas Marktwirtschaftsstatus noch nicht anerkannt hat.

### **Nicht gegen chinesisches Kapital abschotten**

Dessen ungeachtet wird die Volksrepublik weiterhin verstärkt in Anteile europäischer Unternehmen und in Infrastrukturprojekte investieren. Bereits im November 2011 erklärte Handelsminister Chen Deming, dass »die Eurokrise« gute Chancen biete, sich günstig in Europa einzukaufen. Ende

2011 kündigte die chinesische Zentralbank an, eine Finanzgesellschaft zu gründen, die sich mit 300 Milliarden Euro an westlichen Unternehmen beteiligen könnte. In den meisten Fällen besteht die Strategie darin, aus einer Kooperation Know-how zu erwerben, um dann mit diesem Wissen auf Drittmärkte zu gehen.

Als Konsequenz müssten wir in der Logik Sierens einfach weiterhin Güter und Dienstleistungen produzieren, die China einstweilen noch nicht herstellen kann. Er plädiert daher dafür, dass sich Deutschland nicht gegen chinesisches Kapital abschottet. Das Ziel müsse es vielmehr sein, das Arbeitsplätze schaffende Kapital der Chinesen gezielt nach Deutschland zu ziehen und nicht anderen europäischen Ländern zu überlassen.

Neben den erwünschten Kapitalspritzen für deutsche Unternehmen müssten sich die chinesischen Investoren dann auch zwangsläufig mit unserer Unternehmenskultur und Lebensweise auseinandersetzen. In diesem Sinne bezeichnet er die Expansion chinesischer Konzerne durchaus als Chance für Deutschland. Dabei ist auch Sieren klar, dass es sich Deutschland aus falscher Rücksichtnahme auf chinesische Sensibilitäten nicht nehmen lassen darf, gegen unfaire chinesische Praktiken wie Marktverzerrungen durch übermäßige Subventionen, Markteintrittsbarrieren für europäische Unternehmen, erzwungenen Technologietransfer und Technologieklau mit den Chinesen hart anzugehen.

Neben dem Ausbau der internationalen Handelsbeziehungen und der Diversifizierung der im Ausland getätigten Geld- und Wertanlagen bemüht sich die Volksrepublik ihren globalen Einfluss auf zwei weiteren Wegen entscheidend auszubauen: Erstens, indem die chinesische Währung schrittweise zu einer internationalen Reservewährung aufgebaut wird und schließlich, indem China seinen Einfluss in internationalen Institutionen und Mechanismen ausbaut.

Die bislang von China nach außen kommunizierte Rolle als Sprecher der Entwicklungsländer bezeichnet Sieren als vorübergehend. In der Tat wird bereits seit einigen Jahren in China intensiv darüber diskutiert, ob man bereits die Seiten wechseln sollte.

Allerdings sind sich auch chinesische Strategen bewusst, dass ein Land erst zu einer globalen (Super-) Macht werden kann, wenn es vorher zur führenden Regionalmacht geworden ist. Eine Zielsetzung, die jedoch weniger militärisch als vielmehr über den langwierigen Prozess der Vertrauensbildung mit den Nachbarländern erreicht werden müsste.

### **Geostrategische und ökonomische Neujustierung**

Sierens Einschätzung, dass sich die USA mit den beiden Kriegen in Afghanistan und dem Irak-Krieg übernommen haben und nicht nur ökonomisch geschwächt sind, ist sicherlich richtig. Was der Autor jedoch übersehen hat, ist, dass sich China mit seiner im Jahr 2010 deutlich selbstbewusster eingeforderten Interessenpolitik in der eigenen Region ebenfalls übernommen hat. So hatte das deutlich robustere Auftreten Chinas – nicht zuletzt ausgelöst durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise und die vergleichsweise erfolgreiche Krisenbewältigung – bei den Nachbarländern den Wunsch nach einem verstärkten militärischem Engagement der USA in der Region zur Folge, um Chinas Ansprüche auszublancieren.

Eine willkommene Gelegenheit für die USA, die bereits in den vergangenen zwei Jahren angekündigt hatten, sich stärker in der global wichtigsten Wachstumsregion zu engagieren. So nutzten die USA das robuste Auftreten Chinas, um sich in der Region als Sicherheits- und Schutzmacht zurückzumelden und um alte und neue Allianzen auszubauen. Im November 2011

kündigte der US-Präsident dementsprechend an, die US-Militärpräsenz in der Region zu erhöhen und von Ausgabenkürzungen des Militärhaushalts auszuschließen. »Die Vereinigten Staaten sind eine Pazifik-Macht und wir sind hier, um zu bleiben (...)\«, sagte Obama vor dem australischen Parlament.

Ein Kurswechsel, der durch das Strategiepapier des Pentagon »Sustaining US Global Leadership: Priorities for 21st Century Defense« im Januar 2012 untermauert wurde. Die damit verbundene Prioritätenverschiebung bezeichnete Frank-Walter Steinmeier auf dem SPD-Parteitag im Dezember 2011 als historische Weichenstellungen, die die veränderte Interessenlage Amerikas offen benennen.

Tatsächlich ist die Obama-Regierung die erste, die Asien zu ihrer obersten Priorität in der globalen Diplomatie- und Sicherheitspolitik erhebt. Da die US-Außenpolitik berechenbarer ist als die Chinas, während das Reich der Mitte ökonomisch der wichtigste Wachstumsmarkt bleibt, werden sich die meisten Länder in Asien zukünftig sicherheitspolitisch höchstwahrscheinlich stärker mit den USA und wirtschaftspolitisch stärker mit China verbünden. Sierens Einschätzung, dass sich Länder wie Japan im Zweifelsfall für reale Arbeitsplätze und gegen fiktive Sicherheitsgarantien entscheiden werden, wäre demnach falsch.

Recht hat er hingegen mit der Einschätzung, dass Europa seine Rolle in dieser globalen Neujustierung sowie im Umgang mit dem rasanten Aufstieg Chinas erst noch finden muss. So hat – salopp formuliert – auch Europa bzw. Deutschland strategische Interessen in Asien, die sich nicht im Auto-Export erschöpfen.

Der seinerzeit noch amtierende australische Außenminister Kevin Rudd kritisierte auf der Münchener Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2012 jedoch, dass es momentan so erscheint, als ob die Europäer lediglich mit sich selbst beschäftigt

seien und dementsprechend nur bedingt auf andere weltpolitische Veränderungen reagieren würden. Aufgrund der eigenen Schwächen sowie der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung mit den aufstrebenden Ländern Asiens (insbesondere mit China) sollten jedoch eigentlich nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern auch Europa ein strategisches Interesse daran haben, die Entwicklung der global wichtigsten Wachstumsregion mitzugestalten. Der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Rolf Mützenich sieht in der verstärkten Ausrichtung der USA auf den pazifischen Raum jedoch auch eine Chance für die Europäische Union, das außen- und sicherheitspolitische Profil der Staatengemeinschaft zu schärfen. Allerdings sollte die EU dem amerikanischen Präsidenten zügig Angebote machen, in welchen Bereichen beide Partner vor dem Hintergrund der neuen Prioritätensetzung der USA gemeinsam agieren könnten, so Mützenich.

### **Rechtstaatlichkeit und Demokratie entwickeln**

Sierens Aussage »Wie man es dreht und wendet, es bleibt dabei: China wird immer reicher. Die USA und Europa immer ärmer« mag sich auch in Zukunft als richtig herausstellen. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hat Chinas Aufstieg zweifellos unerwartet beschleunigt. Gleichzeitig jedoch auch die Unsicherheit darüber, wie China in der eigenen Region sowie international auftreten soll.

Darüber hinaus trüben sich gegenwärtig auch Chinas Wirtschaftsdaten deutlich ein (hohe kommunale Verschuldung, sinkende Exporte, volatiler Immobilienmarkt), während die Meldungen über soziale Konflikte zunehmen. Bei aller berechtigten Anerkennung für Chinas erfolgreiche Aufholjagd an die Weltspitze und bei allen Hiobsbotschaften über die ver-

schuldeten Demokratien in Europa sollte man daher nicht der Versuchung erliegen, sich insgeheim die vermeintliche Effizienz des chinesischen Systems nach Europa zu wünschen.

Neben den aus der Besonderheit des politischen Systems der Volksrepublik resultierenden Einschränkungen der Grundrechte, wurde die wirtschaftliche Aufholjagd Chinas nämlich auch bewusst mit dem Verzicht auf wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit erkaufte.

Zukünftig wird das chinesische Modell jedoch nur dann weiterhin erfolgreich bleiben, wenn die chinesische Führung dabei fortfährt, eine (auch regional) gerechtere Einkommensverteilung im Sinne eines »inklusive Wachstummodell« zu realisieren, ein soziales Sicherheitsnetz für die gesamte Bevölkerung aufzuspannen sowie Institutionen und Mechanismen zu schaffen, die eine gerechtere Einkommensverteilung, mehr politische Partizipationsmöglichkeiten sowie eine institutionalisierte Konfliktaustragung ermöglichen. Der von Sieren viel gelobte chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao mahnt

te bereits im Sommer 2010 öffentlich an, dass die wirtschaftlichen Erfolge seines Landes ohne die Realisierung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wieder verloren gehen könnten. Eine Mahnung, die er Mitte März 2012 zum Abschluss der jährlichen Tagung des Nationalen Volkskongresses ausdrücklich bekräftigte.

Sieren ist es als Grenzgänger zwischen den Kontinenten in seinem Buch gelungen, die globalen Machtverschiebungen mit Hilfe von Anekdoten anschaulich zu skizzieren. Kenntnisreich vermag er in seinem Buch auch die Schwächen des Westens aufzuzeigen. Dagegen blendet er die Schwächen und Risiken Chinas jedoch wiederholt aus, oder gewichtet sie nicht ausreichend differenziert. Gleichwohl ist es Sierens großer Verdienst, auch in diesem Buch wieder gegen den medialen Mainstream in der deutschen Chinaberichterstattung anzuschreiben, festgefahrene Denkmuster zu hinterfragen und vor diffusen Chinaängsten zu warnen.

*Frank Sieren: Angst vor China: Wie die neue Weltmacht unsere Krise nutzt. Econ, Berlin 2011, 432 S., € 19,99. ■*

Sabine Zaplin

## Die schönste Zeit des Lebens

Johano Strassers neuer Roman über Glück und die Not der Jugend

### Sabine Zaplin

(\* 1964) ist nach mehrjähriger Theater-tätigkeit und Studium der Neueren Deutschen Literatur, Anglistik und Komparatistik seit 1995 freie Autorin und Journalistin. 2011 erschien bei LangenMüller der Roman *Alle auf Anfang*.

zaplin@t-online.de



**D**ie schönste Zeit des Lebens, sagen die Alten immer, wenn sie in Gegenwart eines Schülers oder Studenten auf diese

Zeit zurückblicken. Im Rückblick scheint diese Zeit zwischen Kindheit und Erwachsensein voller Möglichkeiten und zugleich unbelastet. Robert ist fast 19, die Schule liegt hinter ihm und die Zukunft ist irgendetwas Nebulöses, das ihm weder Angst noch Hoffnung macht. Zur Zeit absolviert er seinen Zivildienst bei einem Altenpflegeservice, er besucht pflegebedürftige Menschen, überwiegend Frauen, zuhause, sieht nach dem Rechten, kauft für sie ein, und einer Dame – Frau Sternheim